



Bündnis für Kinder und Familien  
in Niedersachsen e.V.

Max-Eyth-Straße 40  
30173 Hannover  
info@buendnis-fuer-kinder-nds.de  
www.buendnis-fuer-kinder-nds.de

IBAN DE30 2519 0001 0391 3279 00  
BIC VOHADE2HXXX

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **„Nachbesserungen des Kita-Gesetzes reichen nicht aus“**

Die Verbesserungen des Kitagesetz-Entwurf werden von den Regierungskoalitionen und der Landesregierung als Durchbruch und Erfolg bezeichnet.

Keine Frage: Die Fachpolitiker\*innen haben vermutlich beharrlich innerhalb ihrer Fraktionen um Qualitätsverbesserungen gerungen und den Finanzminister umstimmen müssen. Der jetzige Stufenplan sieht Schritte vor, die die Situation in den Kitas verbessern. Für einen so überlasteten Bereich wie die Kindertagesstätten wirkt sich tatsächlich schon jede zusätzliche Finanzierung positiv aus.

„Aber wir können diese Schritte nicht als ‚ausreichend‘ bewerten“, so Martina Ernst, Vorstandsmitglied im Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen: „Wie wir bereits in der Anhörung im Kultusausschuss betont haben, wäre selbst die Einführung einer vollen dritten Kraft im Kindergarten aus unserer Sicht eher Mindestanforderung als Meilenstein. Der nun vorgelegte Stufenplan bleibt hinter diesen Mindestanforderungen zurück. Mit Blick auf die Kinder in Niedersachsen bewerten wir es als unangemessen, dass selbst Kompromisslösungen wie der vorliegende Stufenplan innerhalb der Koalition so hart erstritten werden müssen.“

Es handelt sich hier nur um kleine Schritte – nur eine halbe Kraft, statt einer ganzen Fachkraft. Und es handelt sich um sehr späte Schritte – erst ab 2027. Das sind dann stolze 14 Jahre vom erfolgreichen Abschluss der Kita-Volksinitiative und einem versprochenen Stufenplan im Kindergarten bis hin zu dessen erster zaghafter Umsetzung. Die Kinder, die von den Verbesserungen profitieren werden, sind heute noch nicht einmal geboren. Zahlreiche Jahrgänge – genau jene, die seit fast anderthalb Jahren unter den Pandemiebedingungen leiden – werden nichts von der politischen Entscheidung haben.

Kleine Schritte für kleine Leute? Das sollte nicht das politische Motto sein!

Auch weitere Forderungen bleiben noch immer unberücksichtigt. Das Land hat sich bisher noch nicht dazu geäußert, ob der dringend notwendige Rechtsanspruch auf einen integrativen Rechtsanspruch in das Gesetz aufgenommen wird. Mittlerweile sammelt eine Initiative schon Spenden, um die Eltern bei ihren Klageverfahren zu unterstützen.

Der Gesetzentwurf ebenso wie die weiteren Stufen, die in einem Entschließungsantrag geregelt werden sollen, liegen bislang nicht vor. Es gibt noch viele Unklarheiten. Martina Ernst zieht nach den aktuellen Meldungen folgende Zwischenbilanz: „Das Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen ist froh über die ersten, langsamen Schritte, aber auch enttäuscht über die Zaghafteigkeit und über das Fehlen eines Rechtsanspruchs auf einen integrativen Platz.“

**Hannover, 07.06.2021 / V.i.S.d.P.: Martina Ernst (Vorstandsmitglied) / Kontakt: 0178 357 2780**